„Ein schrecklicher Wirrwarr"

SPIEGEL-Interview mit Harald Mau vom neuen DDR-Ärztebund

SPIEGEL: Herr Professor Mau, Ihre Regierung sagt, es gebe noch 37 000 Ärzte und Zahnärzte in der Republik, rund 1500 hätten im letzten Jahr das Land verlassen. Wie viele von den Hiergebliebenen sind bis jetzt dem von Ihnen gegründeten Virchowbund beigetreten?

MAU: Deutlich über 8000. Und jeden Tag bekommen wir 100 bis 200 Briefe von Beitrittswilligen. Am 3. Februar werden wir die Statuten den geheim gewählten Delegierten der Kreisverbände vorlegen.

SPIEGEL: Warum haben Sie Ihren Verband nach einem Arzt des letzten Jahrhunderts benannt?

MAU: Rudolf Virchow war ein bedeutender Arzt und ein engagierter Sozialpolitiker, ein streitbarer Mann.

SPIEGEL: Aber nicht gerade ein Held.

MAU: Das sind wir auch nicht. Wir wollen eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Ärzten und Zahnärzten zum Zweck der besseren Betreuung der Patienten.

SPIEGEL: Reicht denn die Zahl der Ärzte überhaupt aus, um ein passables Gesundheitswesen in der DDR zu etablieren? Und sind die Verhältnisse so, daß es gelingen könnte?

MAU: Noch hält die Ärzteflucht an, aber sie ist nicht überproportional groß. Viele Kollegen warten den Ausgang der Wahlen am 6. Mai ab. Noch fehlen der DDR keine Mediziner – aber den Patienten fehlen Ärzte. Statistisch gesehen ist das Verhältnis von Arzt zu Patienten in der DDR guter europäischer Durchschnitt. Nur arbeiten unverhältnismäßig viele DDR-Ärzte überhaupt nicht am Patienten.

SPIEGEL: Sondern?

MAU: 3000, vielleicht sogar 5000 Ärzte sind in der Bürokratie tätig. Es gibt, wir haben es durchgezählt, 14 verschieden geleitete medizinische Bereiche in der DDR: Leistungssport, Volksarmee, Innenministerium, Stasi, Kombinate usw. Ein schrecklicher Wirrwarr.

SPIEGEL: Und alle diese Fachärzte für Schriftverkehr wollen Sie ans Krankenbett oder in die Sprechstunde zurückführen?

MAU: Unser Verband hat sich erst mal die Aufgabe gestellt, die Arbeitsplätze dieser nichtärztlich tätigen Ärzte in Frage zu stellen.

SPIEGEL: Wie steht es denn mit der Ethik Ihrer ärztlichen Kollegen aus den diversen Sondereinrichtungen des DDR-Gesundheitswesens?



Ärztebund-Gründer Mau, Patientin
„Nicht Arzt, um als Millionär zu sterben"

MAU: Kein Arzt ist gezwungen worden, in Regierungskrankenhäusern oder Stasi-Dienststellen zu arbeiten. Viele haben es unter Bedingungen getan, die wir aus ethisch-moralischen Gründen heute mißbilligen. Aber wir wissen ja erst seit einigen Wochen, in welchem Ausmaß hier Ungleichheit praktiziert wurde – in den Anstellungsverhältnissen, der Privilegierung, den Lebensbedingungen.

SPIEGEL: Im Regierungskrankenhaus Berlin-Buch kümmerten sich 58 Fachärzte um höchstens 85 Patienten, und alles war vom Feinsten, von der frischen Kiwi bis zum Computertomographen.

MAU: Ja. Aber diese Einrichtungen waren verschlossen, den Normal-Menschen nicht zugänglich. Keiner hat gewußt, wie es drinnen aussah. Ohne Sonderausweis kam niemand rein.

SPIEGEL: Haben Sie denn schon Mitglieder aus diesen erlauchten Kreisen?

MAU: Haben wir. Es gibt etliche, die sich jetzt ehrlich um ein neues Gesundheitswesen bemühen. Andere wollen ihre Privilegien um jeden Preis behalten. Das ist verständlich, aber nicht zu billigen.

SPIEGEL: Wie steht es denn ganz allgemein um die Effektivität eines DDR-Arztes?

MAU: Sie ist, ehrlich gesagt, deutlich geringer als die eines Arztes in einem westlichen Krankenhaus. Das liegt nicht am schlechten Willen, sondern am großen Ausmaß nichtärztlicher Nebentätigkeiten. Es fehlt eine adäquate Bürotechnik, dauernd ist der Arzt unterwegs, um irgend etwas zu besorgen oder zu organisieren.

SPIEGEL: Mal gibt es keine Handschuhe für die OPs, mal kein Benzin für den Dienstwagen.

Harald Mau

ist ordentlicher Professor für Kinderchirurgie an der Charité in Ost-Berlin. Der 49jährige Arzt, verheiratet mit einer Anästhesistin und Vater zweier Töchter, die Medizin und Psychologie studieren, gilt als tüchtiger Operateur und erfolgreicher Wissenschaftler, vor allem auf dem noch jungen Fachgebiet der Neugeborenen-Chirurgie. Er ist „aus Überzeugung parteilos", einer der wenigen Professoren der Humboldt-Universität, die trotzdem Karriere machten. Derzeit amtiert Mau als Sekretär der alteingesessenen „Berliner Chirurgischen Gesellschaft". Den „Verband der Ärzte und Zahnärzte in der DDR – Virchowbund" hat er mit einigen Gleichgesinnten ins Leben gerufen. Im Februar soll die erste Nummer der Verbandszeitschrift „Der Virchowbund" erscheinen.

MAU: So ist es.

SPIEGEL: Gewöhnlich argumentieren Ärzte, daß mit Geld, mit viel Geld für sie und das Gesundheitswesen, alles besser würde.

MAU: Die staatlichen Aufwendungen für das DDR-Gesundheitswesen müssen in der Tat verdoppelt werden. Was die Arzteinkommen angeht: Ein Facharbeiter verdient bei uns im Monat durchschnittlich 1000 Mark netto, ein Assistenzarzt mit den Zuschlägen 1400 bis 1600 netto, ein Chefarzt ungefähr das Doppelte. Ich selbst bin als Ordinarius mit 3200 Mark brutto im Monat gut bezahlt.

SPIEGEL: Da werden Ihre westlichen Kollegen aber schmunzeln: Ein ordentlicher Professor der Chirurgie verdient in der Bundesrepublik locker das Zehnfache, in West-Mark, manche sogar das Hundertfache davon.

MAU: Ich bin nicht Arzt geworden, um als Millionär zu sterben. Wir sind uns alle darüber im klaren, daß die augenblickliche Situation eine Erhöhung der Arzteinkommen nicht hergibt. Selbst eine Verdoppelung der Arztgehälter würde kein Problem des DDR-Gesundheitswesens lösen.

Wir leiden nicht nur unter einem Mangel an Ärzten. Uns fehlen qualifizierte Schwestern und Pfleger. Die erste lohnpolitische Forderung des Virchowbundes wird deshalb eine deutliche Einkommensverbesserung für diese Mitarbeiter sein. Unsere Ärzte arbeiten nicht primär des Geldes wegen, sie sind anders motiviert.

SPIEGEL: Haben Sie sich deshalb dagegen ausgesprochen, westdeutsche Ärzte zu importieren?

MAU: Jeder westdeutsche Kollege ist herzlich willkommen, hier zu arbeiten, als erfahrener Spezialist oder um sich zum Facharzt ausbilden zu lassen. Aber bitte zu den gleichen Bedingungen wie wir. „Intershop"-Ärzte mit zwei Einkommen, einem in Ost und einem in West, das wollen wir nicht.

SPIEGEL: Welche Besonderheiten des westdeutschen Gesundheitswesens würden Sie gern übernehmen?

MAU: Ganz grundsätzlich sind wir für die Möglichkeit, sich als Arzt in einer eigenen Praxis niederlassen zu können. Derzeit gibt es in der ganzen DDR nur noch 430 frei praktizierende Kassenärzte. Das wird nicht so bleiben. Hilfsangebote westdeutscher Ärzteverbände über das Know-how sind uns herzlich willkommen.

SPIEGEL: Sind die Tage der Polikliniken und Ambulatorien also gezählt?

MAU: Ganz und gar nicht. Wir haben ungefähr 10 000 Fachärzte für Allgemeinmedizin. Nur etwa 15 Prozent denken darüber nach, sich in einer eigenen Praxis niederzulassen. Wenn eine staatliche Arztpraxis gut ausgestattet ist, sind die Patienten dort auch tadellos versorgt. Wir wollen unser Können und unsere Leistungen nicht auf einem Markt meistbietend versteigern.

SPIEGEL: Der Virchowbund versteht sich also nicht in erster Linie als Finanz-Lobby der Ärzte?

MAU: Die Ärzte in der DDR hatten bisher überhaupt keine Lobby. Aber unsere Hauptaufgabe ist nicht, dafür zu sorgen, daß die Ärzte mehr Geld verdienen.

SPIEGEL: Ihr Namenspatron Rudolf Virchow hat seine Mitstreiter gemahnt: „Vertraut dem Volke und arbeitet für dasselbe!" Wäre das nicht ein schönes Motto für Ihren Bund?

MAU: Uneingeschränkt ja. Aber Virchow hat auch gesagt: „Immer, wenn ich die anderen von Ethik sprechen höre, weiß ich, daß sie nicht bezahlen wollen."

Rudolf Virchow

gilt als der bedeutendste deutsche Arzt des 19. Jahrhunderts. 1821 in Pommern geboren, in Berlin zum Militärarzt ausgebildet, war er schon mit 22 Jahren Doktor. Bis 1848 wirkte er, vornehmlich als Pathologe, an der Charité. Dann beteiligte er sich, die Pistole in der Hand, an der Revolution. Er ver-



ließ die Barrikade, ehe des Königs Soldaten sie stürmten, und exilierte nach Süddeutschland. 1861, zurück in Berlin, half er, die liberale Fortschrittspartei zu gründen, attackierte den Klerus und legte sich mit Bismarck an. Der forderte den frechen kleinen Doktor zum Pistolen-Duell; Virchow kniff. Er agitierte für Hygiene, Studiengeldfreiheit, Altersheime und Lohnfortzahlung. Sein wissenschaftliches Œuvre umfaßt rund 5000 Publikationen. Virchow starb 1902, im 81. Lebensjahr, weil er zu hastig von einer fahrenden Straßenbahn sprang.

Krebs

Gift in der Grubenluft

Jahrzehntelang wurden Strahlenrisiken im Uranbergbau heruntergespielt – mittlerweile sind Hunderte von Minenarbeitern an Krebs gestorben.

Wenn Arden M. Higgens, 56, auf sein Arbeitsleben zurückblickt, fühlt sich der Mann mit der gramzerfurchten Miene „schrecklich deprimiert". Die meisten seiner ehemaligen Berufskollegen sind chronisch krank oder schon gestorben. „Sieht so aus", sagt Higgens, „als ob es alle erwischt hat, die früher hier draußen mal gearbeitet haben."

Erwischt hat es längst auch Frührentner Higgens; die Ärzte haben ihm den rechten Lungenflügel wegoperiert. In seinem Wohnort Marysvale, südlich von Salt Lake City, gibt es viele Leidensgefährten, die wie er am Krebs dahinsiechen. Eine „sterbende Stadt" nannte die *New York Times* das verödende Nest am Rande der Rocky Mountains: Nur noch 350 Einwohner leben dort, überwiegend Invaliden und Witwen.

Vor drei Jahrzehnten, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, herrschte in Marysvale Hochkonjunktur. Im Umfeld der einstigen Goldgräberstadt, wie auch in anderen Bergbauregionen der vier US-Staaten Utah, New Mexico, Arizona und Colorado, wurden in fieberhafter Eile Uranminen ausgebeutet. Tausende von Grubenarbeitern schürften, zwischen 1945 und 1965, riesige Mengen Natururan aus dem Gebirgsboden – Bombenrohstoff für Amerikas damals entstehende Atomstreitmacht.

Daß sie dabei ihre Gesundheit ruinierten, ahnten die Bergleute nicht. Jahrelang inhalierten sie ungeschützt die giftigen Radon-Gase, die als radioaktive Zerfallsprodukte stetig dem Uranerz entweichen. In den Bronchien, Lungen und Nieren der Arbeiter setzten sich die strahlenden Gaspartikel fest; bei vielen der Verseuchten lösten die Radon-Spuren später Krebskrankheiten aus.

Erst in jüngster Zeit ist publik geworden, daß die US-Behörden das mörderische Gesundheitsrisiko beizeiten erkannt hatten. Schon 1949 hatte der amerikanische Public Health Service nach einer Inspektion der Uranminen die dort vorgefundenen Arbeitsbedingungen für lebensgefährlich erklärt: Wenn nichts geschehe, so die Beamten, werde es bei den Arbeitern später zu einer „Lungenkrebs-Epidemie" kommen.

Bei ihrer Prognose konnten sich die Warner auf deutsche und tschechische